

Solidarisch die Menschheitsfragen angehen – soziale Progression statt Schuldenbremse

5

Weltweit besitzt das reichste Prozent der Bevölkerung soviel wie die übrigen 99%. In Deutschland besitzen 36 Milliardäre soviel wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung, das reichste Prozent besitzt 1/3 des gesamten Vermögens. Gleichzeitig ist jedes 5. Kind von Armut bedroht, in NRW jedes 4. Das gesellschaftliche Leben, sinnvolle Arbeit und Kultur, emanzipatorische Bildung und

10

Wissenschaft könnten allerorten aufblühen. Dafür braucht es einen politischen Kurswechsel: Erforderlich sind massive öffentliche Investitionen in Gesundheit, Kultur, Bildung, Wissenschaft und Infrastruktur, eine entsprechende Verwendung von Steuereinnahmen, die Durchsetzung der Steueransprüche gegen Reiche und Superreiche und die Abschaffung der Schuldenbremse.

15

Die Schuldenbremse verbietet auf Ebene des Bundestaates ab 2016 und auf Ebene der Bundesländer ab 2020 staatliche Kreditaufnahme und schränkt damit öffentliche Gestaltungsmöglichkeiten ein. Sie widerspricht dem Sozialstaatsgebot in Artikel 20 sowie Artikel 1 des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Aufgabe aller staatlichen Gewalt.“ Die Schuldenbremse kann und muss daher abgeschafft werden.

20

Die neue Landesregierung in NRW hat stattdessen einen Haushalt der „schwarzen Null“ angekündigt um die ab 2020 auf Länderebene geltende Schuldenbremse schon jetzt einzuhalten. Damit einhergehend würde die Verschärfung sozialer Ungleichheit weiter vorangetrieben: Die geplante Einführung von Studiengebühren, die Kürzung der Zuschüsse für Flüchtlingsberatung um 40%, die Abschaffung der Mietpreisbremse und des Zuschusses für das Sozialticket sind Beispiele einer Politik der Umverteilung von unten nach oben. Gleichzeitig wird in Frage gestellt, ob der Ankauf von Steuer-CDs weitergeführt werden soll, der dem Bund insgesamt 7 Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen eingebracht hat – während durch die Paradies-Papers an die Öffentlichkeit gekommen ist, dass innerhalb Europas dem deutschen Staat durch Steueroasen am meisten

25

30

Steuereinnahmen entgehen.

Die politische Funktion der Schuldenbremse

35

2008 ist für die Rettung „notleidender“ Banken in Deutschland ein Rettungspaket von 500 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt worden. Damit wurde deutlich: Geld ist genug da. Die Senkung öffentlicher Ausgaben und die Behauptung von „Sachzwängen“ war entlarvt als Teil einer Politik, welche die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben organisiert und durchsetzt.

40

Lohnverzicht, die Privatisierung öffentlichen Eigentums, die Deregulierung der Finanzwirtschaft, Steuererleichterungen für Superreiche und Großkonzerne und verstärkte Arbeitsmarktkonkurrenz entpuppten sich als Plünderung der Mehrheit zugunsten der Steigerung von Profiten und Bankenglück. Die Ideologie der „unsichtbaren Hand des Marktes“ und seiner Selbstregulierungskräfte, der Mehrung des Gesamtwohls durch wirtschaftliche Deregulierung und

45

der angebliche höhere Sinn des „Gürtel-enger-Schnallens“ verloren ihre Legitimationsgrundlage.

50

Weltweit treten seither immer mehr Menschen für eine solidarische Entwicklungswende und ein sozial und kulturell menschenwürdiges Leben für Alle ein. Gegen diese positive Möglichkeit wird von interessierter Seite die Mär vom „Ende der Geschichte“ zu retten versucht: Die systematische Entmündigung der Bevölkerung und die „Entsagungs politik“ (Austerität) wurden dafür zum Verfassungsgebot erhoben – hierzulande: die „Schuldenbremse“. Die Hochschulrektorenkonferenz

will Studiengebühren nicht ausschließen und argumentiert dabei mit zu knappen öffentliche Mitteln. Deutlich wird auch hier: Mangelnde öffentliche Finanzierung legitimiert die Privatisierung von Bildungskosten und ist eine Fortschrittsbremse, die gelöst werden muss. Sie hindert die Hochschulmitglieder in ihrem Wirken für Frieden, Nachhaltigkeit und Demokratie.

Der Wahrheit Geltung verschaffen: Umfassende soziale Verbesserung ist möglich

Die Schuldenbremse basiert ideologisch auf einem System von Lügen, mit dem über das Hier und Jetzt hinausgehende soziale Ansprüche als gemeinwohlschädlich verunglimpft werden sollen. Soziale Verbesserung für eine auch kulturell reiche Gesellschaft ist hingegen dringend geboten und möglich.

- Staatsverschuldung ist nicht das Problem. Seit jeher ist es so gewesen, dass die Entwicklung des Allgemeinwohls, inklusive der Verallgemeinerung wissenschaftlicher Bildung, ein höheres Produktivitätsniveau bedeutet. Die zum Anschub notwendig aufzubringenden Mittel werden doppelt und dreifach wieder erwirtschaftet. Der Staat ist zudem wirtschafts-, finanz- und geldpolitisch souverän, kann seine steuerlichen Einnahmen erhöhen.

- Staatsschulden sind nur dann ein Problem, wenn man die Macht der Banken, die bei hoher Kreditlast den Staat erpressen könnten, akzeptiert. Dagegen gilt: Die politische Souveränität des Staates über das Bankenwesen kann wiederhergestellt werden. Deregulierung der Finanzwirtschaft ist eine umkehrbare politische Fehlentscheidung gewesen. Auch Banken sind dem Grundgesetz und dem Allgemeinwohl verpflichtet. Auf Gewinne haben sie keinen Rechtsanspruch. Wenn sie den Staat bzw. das Allgemeinwohl gefährden, können sie enteignet werden (Art. 14 und 15 GG).

- Die aktuell hohe Staatsverschuldung ist nicht einem überbordenden Sozialstaat geschuldet, sondern vor allem den immensen Steuererleichterungen für Kapitaleigner und Bezieher hoher Einkommen in den letzten 20 Jahren, der Bankenrettung und einem geschleiften Sozialstaat. Höhere Löhne, Investitionen in Bildung, Kultur, öffentliche soziale Infrastruktur und Sozialprogramme wie bspw. eine sanktionsfreie, einträgliche Grundsicherung (statt Hartz IV) und eine würdige Mindestrente für Alle bedeuten gleichzeitig produktivitätssteigernde Innovation, direktes Wachstum, gesteigerte Binnenkaufkraft und somit exponentiell ansteigende staatliche Steuereinnahmen. Sie sind also nicht nur menschlich geboten und Verpflichtung des Staates (Art. 20 GG), sondern auch volkswirtschaftlich sinnvoll.

Statt der Politik der Austerität: Echte Demokratie als Souveränität der Bevölkerung

Der gesellschaftliche Reichtum basiert auf der Arbeit der vielen, er wird sich aber von wenigen angeeignet. Es könnten heute aufgrund der landwirtschaftlichen Produktion 12 Milliarden Menschen ernährt werden, trotzdem ist eine Milliarde Menschen vom Hunger bedroht. Wer an Hunger stirbt, obwohl längst jeder auf dieser Welt gut leben könnte, der stirbt nicht eines natürlichen Todes. Wer aufgrund von Armut und Unfrieden zur Flucht getrieben wird und im Massengrab Mittelmeer ertrinkt, stirbt keinen natürlichen Tod. Wer in diesem Winter in Deutschland erfrieren wird, der könnte leben. Die Politik der Austerität und der Schuldenbremse töten, denn sie konservieren eine Politik, die überall auf der Welt den Menschen Lebens- und Entwicklungsmöglichkeiten raubt.

Dagegen ist die Souveränität, über die gesellschaftliche Entwicklung kollektiv bestimmen zu können, die Grundlage einer demokratischen Gesellschaft. Mit der „Schuldenbremse“ wird der Allgemeinheit dieses fundamentale Recht abgesprochen – nicht nur in Griechenland. Solange die Entscheidungshoheit über die Verwendung öffentlicher Mittel den demokratischen Institutionen entzogen ist, begünstigt das „Politikverdrossenheit“, autoritären Ungeist und extremistische

105 Konkurrenzideologie. Mit der Verwirklichung der Grund- und Menschenrechte und dem Grundgesetz hat diese Politik nichts zu tun. Die Abschaffung der Schuldenbremse ist eine Wiederherstellung von Demokratie. Nehmen wir die Geschichte in unsere Hand!

Das Studierendenparlament

- 110 - spricht sich daher gegen die Politik der „schwarzen Null“ und die Schuldenbremse aus. Es fordert den Landtag von NRW auf, die Politik sozialer Kürzung zu beenden, umgekehrt die öffentlichen Ausgaben für Soziales, Bildung und Kultur substantiell zu erhöhen und dafür die Steuern bei den Reichen konsequent einzutreiben. Es bekräftigt sein Nein zu Studiengebühren jeglicher Art sowie die Forderung nach einer bedarfsdeckenden öffentlichen Hochschulfinanzierung.
- 115 - spricht sich erneut nachdrücklich gegen die seitens der Unileitung geplanten Kürzungen des Universitätshaushalt aus und ruft stattdessen den Senat der Univerisät auf, sich ebenfalls für eine auskömmliche öffentliche Hochschulfinanzierung einzusetzen.
- fordert den AStA auf, die Auseinandersetzung für eine soziale und menschenwürdige Entwicklung Nordrhein-Westfalens mit Bündnispartnern aus Zivilgesellschaft und Gewerkschaft in
- 120 Opposition zur Politik der schwarzen Null voranzutreiben.
- Der AStA wird aufgefordert, diesen Beschluss in der Vorlaut abzudrucken sowie der Presse und den NRW-Abgeordneten zukommen zu lassen.